

Antrag P07: Die Zeitenwende zum Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzungen bis zur Bundestagswahl machen

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Die Zeitenwende zum Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzungen bis zur**
- 2 **Bundestagswahl machen**
- 3 Die Delegierten des Bundesparteitages beschließen, die Auseinandersetzung mit der
- 4 sogenannten „Zeitenwende“ - den Aufrüstungs- und Kriegskurs, den damit im
- 5 Zusammenhang stehenden Sozialabbau, die Einschränkung demokratischer Rechte sowie
- 6 die
- 7 im Kontext der Militarisierung stehende Beschleunigung des Klimawandels - ab sofort
- 8 zu einem zentralen politischen Schwerpunkt der Partei mindestens bis zur
- 9 Bundestagswahl zu machen.

Begründung

Die Linke steht an der Seite der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Es kann ihr deshalb nicht egal sein, dass die Frage von Krieg und Frieden immer mehr zur Klassenfrage wird. Der Aufrüstungskurs der Bundesregierung ist auf mindestens sechs Ebenen ein Generalangriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen und ihrer Familien. Warum? Weil erstens die Tarifpolitik durch den Krieg in der Ukraine vor besondere Herausforderungen gestellt wird. Bereits in den ersten Monaten des Ukraine-Krieges hat sich gezeigt, dass der inflationsbedingte Kaufkraftverlust tarifpolitisch nur schwer auszugleichen war. Der Anstieg der Löhne ist 2022 nahezu unverändert geblieben, der Anstieg der Preise aber hat sich vervielfacht. Zweitens: Geht die Aufrüstung derart unvermittelt weiter, wird die Umverteilung von unten nach oben weiter voranschreiten und die Armut sehr wahrscheinlich zunehmen. Im Zuge der Haushaltsberatungen bereitet die Bundesregierung Sozialkürzungen vor. In internen Gesprächen soll Christian Lindner bereits die notwendigen „Brutalitäten in den Sozialsystemen“ eingefordert haben. Die Diskussionen über Bürgergeld, Kindergrundsicherung oder Rente waren erst der Anfang - mit großer Wahrscheinlichkeit werden wir weitere Einschnitte zu erwarten haben. Dass dabei selbst vor der Nutzung des Goebbels-Zitates - „Kanonen statt Butter“ - nicht zurückgeschreckt wird, also ein ehemals hochrangiger Nationalsozialist als Referenz herangezogen wird, um Sozialkürzungen zu rechtfertigen, ist eine neue Qualität, die mit Nachdruck zurückgewiesen werden muss.

Drittens: Aufrüstung und Krieg werden die ökologische Zerstörung beschleunigen. Beim Abfeuern von Geschossen und Marschflugkörpern und beim Einsatz von Militärflugzeugen, Panzern, Kampffjets oder Militärschiffen werden enorme CO₂-Emissionen freigesetzt. Allein der F-35-Kampffjet stößt pro Stunde mehr CO₂ aus, als ein Deutscher im Jahr verursacht. Mit jedem Euro, den die Bundesregierung für die Aufrüstung der Bundeswehr genehmigt, treibt sie die negative Klimabilanz in die Höhe.

Viertens: Die IG Metall fordert in den nächsten zehn Jahren insgesamt 600 Milliarden Euro für die Gestaltung der Transformation, für Klimaschutzanpassungen und den Aufbau der Infrastruktur. Die Bundesregierung aber dreht gerade jeden Stein im Haushalt zweimal um, um weitere Millionen in die Rüstung zu stecken. Wo also soll das Geld für den ökologischen Industrieumbau herkommen? Gleiches gilt für den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur - es ist zu befürchten, dass der Teil der Infrastruktur, der für die militaristische Zeitenwende notwendig ist, wie Straßen,

Brücken und Lazarette, ausgebaut werden wird, während der Teil weiter verfallen wird, der für die Zivilgesellschaft zentral ist wie Schulen, Kindergärten und öffentliche Krankenhäuser.

Fünftens: Der Aufrüstungskurs führt zu einer Einschränkung der Demokratie. Schon jetzt wird deutlich, dass die Unterordnung aller gesellschaftlichen Sphären unter die außenpolitische Linie der Bundesregierung den öffentlichen Meinungskorridor verengt. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, die Gewerkschaften könnten in den Betrieben die Mitbestimmung ausweiten, während die Gesellschaft immer autoritärer wird. Hinzu kommt, dass sich schon jetzt abzeichnet, dass das Bündnis von Regierung und Industrie einen Angriff auf demokratische Grundrechte nach sich ziehen könnte. Der Chef des Bundeswehrverbandes, André Wüstner, forderte bereits „eine Kriegswirtschaft“, Notstands-Paragrafen und den Einsatz der Bundeswehr im Landesinneren. Dass eine Unterordnung weiter Teile der Gesellschaft unter die außenpolitische Linie der Bundesregierung - und nichts anderes meint Kriegswirtschaft - auch zu einer Unterdrückung von Tarifverhandlungen und Streikrecht führen kann, machte Verkehrsminister Volker Wissing deutlich, als er erklärte, dass im Kontext des Ukraine-Krieges der Streik bei der Deutschen Bahn nicht zum Sicherheitsrisiko werden dürfe. Warnung sollte aber vor allem der Blick in die Geschichte sein: Während die Gewerkschaften unter Hitler zerschlagen wurden, entwickelten sich die Rüstungsunternehmen zu nationalsozialistischen Musterbetrieben. Historisch sticht die Rüstungsindustrie durch ihre besondere Kooperationsbereitschaft mit dem deutschen Faschismus und eine eifrige Bereitschaft, an Tod und Zerstörung verdienen zu wollen, hervor.

Und sechstens: Mit all dem schwächt der Aufrüstungskurs der Bundesregierung die Gewerkschaften. Die konzertierte Aktion war der offensichtlichste Versuch, diese bei der Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen zu disziplinieren. Aber auch darüber hinaus ist klar: In einer gesellschaftlichen Atmosphäre von Sozialabbau, Inflation, wachsender Verunsicherung und Rechtsruck werden nicht die Forderungen der Gewerkschaften, sondern die der Arbeitgeber Auftrieb bekommen, was die Kampfkraft der Gewerkschaften untergraben wird.